



öffentlich

Betreff:
Umgang mit zusätzlichen Haushaltsmitteln

Einreicher: Fraktion DIE LINKE	Erstellungsdatum	20.08.2015
	Eingang 922:	

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
09.09.2015	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung trifft die Entscheidung über den Einsatz der zusätzlichen Zuweisungen des Landes im Rahmen des Länderfinanzausgleichs für das Haushaltsjahr 2015. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen entsprechenden Vorschlag für die Verwendung der mehr als 2 Millionen Euro im Oktober 2015 vorzulegen, in den entsprechende Vorschläge der Fraktionen einfließen können. Der Oberbürgermeister wird weiterhin beauftragt, im Oktober 2015 schriftlich über die Verwendung der nicht verausgabten Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket für das Jahr 2013 zu informieren.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Landesregierung hat kürzlich mitgeteilt, dass die Landeshauptstadt im Rahmen des Länderfinanzausgleichs für dieses Jahr zusätzlich über 2 Millionen Euro Zuweisungen erhält. Diese zusätzlichen Mittel waren nicht im von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Haushalt für 2015/2016 vorgesehen.

Die Stadtverordnetenversammlung sollte zeitnah über die Verwendung dieser Mittel entscheiden.